

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

07.07.2020

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stabsstelle Gleichstellungsstelle

Schriftführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Donnerstag, 04.06.2020

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Bestellung einer neuen Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin
0080/2020**
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 21.11.2019 - öffentlicher Teil
0071/2020**
- 5 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 6 **Mitteilungen des Bürgermeisters****

- 6.1 **Schriftliche Mitteilungen des Bürgermeisters****

- 6.1.1 **Gleichstellungspolitische Informationen****
0144/2020

- 6.2 **Mündliche Mitteilungen des Bürgermeisters****

- 7 **Angelegenheiten der Beiräte und des Integrationsrates****

- 7.1 **Neuwahl eines Beiratsmitglieds****
0030/2020

- 7.2 **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates****

- 7.3 **Teilfinanzierung der "Anlauf und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)"****
0253/2020

- 8 **Anregungen aus dem Seniorenbeirat****
0061/2020

- 8.1 **Anregungen aus dem Seniorenbeirat zur Gestaltung der Stadtmitte****
0174/2020

- 9 **Treffpunkt PAULA: Ein neuer Begegnungsort für den Stadtteil Heidkamp****
0035/2020

- 10 **Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach****
0161/2020

- 11 **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch-Gladbach und der Stadt Wermelskirchen zur Wahrnehmung von Aufgaben gem. § 94 SGB XII; Unterhaltsprüfung****
0101/2020

- 12 **Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe - Bericht über die Mittelverwendung 2019****
0141/2020

- 13 **Jahresbericht Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg 2019****
0160/2020

- 14 **Anträge der Fraktionen****

- 15 **Anfragen der Ausschussmitglieder****

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Holtzmann, eröffnet die 27. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die, aus dem Teilnehmerverzeichnis (Anlage 1) ersichtlichen, Anwesenden sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Anschließend bittet Frau Holtzmann um die Erweiterung der Tagesordnung um **Punkt 7.3 „Teilfinanzierung der „Anlauf- und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)“** Tischvorlage aus dem Integrationsrat

Die Erweiterung der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. Bestellung einer neuen Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin 0080/2020

**Frau Monika Koppe wird einstimmig zur Schriftführerin bestellt
Frau Miriam Tomechna wird einstimmig zur stellv. Schriftführerin bestellt.**

3. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau Holtzmann teilt mit, dass bei der Erstellung der Niederschrift der Sitzung vom 21.11.2019 ein Fehler passiert ist. Es wurde unter TOP 16 öffentl. Teil **„Anpassung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte** ein falscher Beschluss kopiert. Dieser Fehler wurde im Nachhinein geändert und muss heute der Ordnung halber zur Kenntnis genommen und dem Protokoll zugefügt werden.

Die Änderung zur Niederschrift wurde **mehrheitlich mit der Gegenstimme eines Vertreters der mitterechts-Partei** genehmigt.

4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 21.11.2019 - öffentlicher Teil 0071/2020

Zum TOP 14, Anregungen aus dem Seniorenbeirat (DR 0525) führt Frau Hellwig zur Empfehlung Gewährung von Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach aus: Bei den Ticketvergünstigungen hat sich Frau Klemt große Mühe gemacht und Nachfragen an Museen, Theater Bergischer Löwe etc. gestellt. Es gab aber überall die Antwort, die finanziellen Auswirkungen müssten erst kalkuliert werden und man müsse wissen, von welcher Größenordnung hier auszugehen ist. Da es sich um freiwillige Leistungen handelt, schlagen Entgeltausfälle besonders zu Buche.

Zur zweiten Empfehlung **vor den Rathäusern Bergisch Gladbach und Bensberg sowie dem Stadthaus Generationenparkplätze einzurichten**, führt Frau Hellwig aus: Auch in diesem Bereich sind die finanziellen Auswirkungen zu betrachten. Wo jetzt drei Parkplätze sind, werden bei einer Vergrößerung zum Generationenparkplätze nur noch zwei Parkplätze vorhanden sein, so dass Gebühren wegfallen. Der Fachbereich 7-66 Verkehrsflächen prüft noch die Machbarkeit. In beiden Bereichen fehlt noch eine abgestimmte Verwaltungsmeinung.

Zu TOP 10 **Weiterführung der Maßnahme „Mädchen- und Frauengruppe Powerfrauen“ der Initiative 180°Wende**, teilt Frau Münzer mit, dass diese Maßnahme nicht fortgeführt wird.

Frau Holtzmann liest noch einmal den in der Sitzung vom 21.11.2019 einstimmig gefassten Beschluss vor:

Zur Weiterführung der „Mädchen- und Frauengruppe Power-Frauen“ der Initiative 180 ° Wende im Jahr 2020 wird vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel ein Zuschuss in Höhe von 7.000 € zur Verfügung gestellt.

Sie stellt dann die Frage, ob denn das Geld bereits überwiesen wurde. Dies wird von der Verwaltung verneint. Frau Holtzmann erfragt dann, ob das Geld nicht den Frauen von AnBe zugutekommen kann.

Herr Tillmann erklärt den Sachverhalt:

Seit dem Jahreswechsel finden zwei Projekte nicht mehr statt, zum einen das Mentorenprojekt Stadtmitte. Es war seitens des Trägers nicht mehr finanzierbar.

Zum anderen konnte das zweite Projekt „Mädchen- und Frauengruppe Powerfrauen“ nicht fortgeführt werden, weil keine Honorarkräfte mehr zur Verfügung stehen. Der Zuschuss für Powerfrauen wurde Ende 2019 angewiesen und Mitte Januar zurücküberwiesen. Die Verwaltung ist noch im Gespräch, wie das Projekt wiederaufgenommen werden kann, da es als sehr sinnvolle Maßnahme betrachtet wird.

Frau Stauer merkt dazu an, dass auch der SPD sehr an der Weiterführung des Projektes gelegen ist und setzt sich dafür ein, dass möglichst bald fachkundiger Ersatz gefunden wird.

5. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau Holtzmann hat keine eigenen Mitteilungen.

6. Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Schriftliche Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen des Bürgermeisters vor.

6.1.1. Gleichstellungspolitische Informationen *0144/2020*

Frau Bähler-Sarembe erfragt den Sachstand zum **Rückblick für das Jahr 2019 der allgemeinen Frauenberatungsstelle für den Rheinisch Bergischen Kreis**, hier: Flyer für die „Anonyme Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt“

Im Nachgang zur Sitzung teilt Frau Kläßen hierzu mit:

Der Flyer wurde in Kooperation der Allgemeinen Frauenberatungsstelle für den Rheinisch Bergischen Kreis und der Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt im Rheinisch-

Bergischen Kreis im Rahmen des Projekts „Anonyme Spurensicherung“ erstellt. Das Projekt wird mit Landesmitteln finanziert. Die Bewilligung der beantragten Fördermittel steht bisher noch aus. Der Flyer wurde von den Kooperationspartnerinnen vor Karneval in der Presse angekündigt. Die Verteilung hat jedoch bisher wegen der noch ausstehenden Finanzierung und der Corona-Krise nicht stattgefunden.

Es wird erwartet, dass die Fördermittel in der nächsten Zeit bewilligt werden, so dass die Verteilung der Flyer im Sommer erfolgen kann.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Mündliche Mitteilungen des Bürgermeisters

Sachstandsmitteilungen aus der Gleichstellungsstelle (Frau Klaßen):

Infos zum Mädchenmerker:

Frau Klaßen teilt mit, dass der Mädchenmerker bisher für den Rheinisch-Bergischen Kreis bei der Stadt erstellt wurde. Für das Jahr 2020/2021 sollte die Erstellung an den RBK übergehen. Die dortige Gleichstellungsstelle musste aber wegen des Wechsels der bisherigen Gleichstellungsbeauftragten neu besetzt werden, so dass eine Erstellung für das nächste Schuljahr nicht möglich war. Leider waren auch bei der Stadt zu Beginn des Jahres keine personellen Kapazitäten frei, um den Mädchenmerker für den gesamten Kreis zu erstellen, da die städtische Gleichstellungsbeauftragte ihren Dienst erst Ende 2019 antrat und die Stelle der Sachbearbeitung erst seit im März 2020 neu besetzt wurde. Es wurde aber die Möglichkeit geprüft, den Mädchenmerker digital anzubieten. Eine solche App würde ca. 50.000 € kosten, was das vorhandene Budget um ein Vielfaches übersteigt.

Der RBK hat zumindest die Absicht erklärt, dass der Mädchenmerker zum Jahr 2021/2022 neu aufgelegt werden soll.

Infos Flyer-Aktion „Hilfe bei häuslicher Gewalt für Frauen und Kinder“

Es muss befürchtet werden, dass häusliche Gewalt in der Corona-Krise eher zunimmt, obwohl in den Medien davon berichtet wird, dass weniger häusliche Gewalt zur Anzeige gebracht wird. Frau Klaßen macht auf eine Flyer-Aktion zur Erreichbarkeit der Allgemeinen Frauen- und der Mädchenberatungsstelle in Corona-Zeiten aufmerksam. Hierzu wurden mit Unterstützung der Stadt Informationsflyer dieser Beratungsstellen in Bergisch Gladbach in Supermärkten und Apotheken ausgelegt umso die Erreichbarkeit für hilfeschuchende Frauen und Mädchen zu erhöhen.

Infos zum Projekt „Männer in Elternzeit“

In der Verwaltung findet eine Untersuchung zur Frage „warum Männer nur zwei Monate Elternzeit nehmen“ statt. Die Befragung wurde abgeschlossen. Die Interviews konnten aufgrund der Corona-Krise noch nicht geführt werden, aber das Projekt soll bis Ende Juli abgeschlossen werden, so dass über das Ergebnis im nächsten Ausschuss berichtet wird.

Infos zum Projekt „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“

Das Projekt konnte bisher nicht gestartet werden. Ein erstes Auftakt-Gespräch ist für Juli geplant, da der zuständige Fachbereich mit der Bewältigung der Corona-Krise (Umsetzung, Hygiene-Konzepten etc.) ausgelastet war.

Zum Schluss ihrer Ausführungen gab Fr. Klaßen noch den Hinweis, dass der Internationale Frauentag aufgrund der Corona-Krise ausgefallen ist. Für diesen Tag war in Zusammenarbeit mit den Finte-Frauen ein Vortrag zum Thema „Digitale Gewalt“ geplant.

Dazu konnte eine versierte Rechtsanwältin des Deutschen Juristinnenbundes gewonnen werden. Im Juni war eine Fortsetzung des Vortrags mit dem Thema „Gewalt im digitalen Umfeld“ geplant. Dazu war eine Professorin der Fachhochschule, die im Bereich der Ethik arbeitet, eingeladen.

Beide Veranstaltungen sollen im Oktober nachgeholt werden.

Darüber wird der Ausschuss im August in Kenntnis gesetzt

Sachstandsmittelungen aus dem FB 5 (Frau Hellwig)

Ankündigung: Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg hat in Zusammenarbeit mit der Caritas Suchthilfen einen ersten Maßnahmenbericht zum Projekt „Straßensozialarbeit am Infokiosk“ erarbeitet. Stand: März 2020. Dieser Bericht wird in einer Mitteilungsvorlage im nächsten ASWDG sowie JHA vorgestellt.

Dem JHA wurde im Februar eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP vorgelegt, mit der Bitte um Aufnahme minderjähriger Flüchtlinge aus Griechenland. Dazu wurde von der Verwaltung eine Vorlage erstellt. Zwischenzeitlich hat sich auch die Kath. Kirchengemeinde St. Johann Baptist, Refrath, mit einem Schreiben an den Bürgermeister gewandt, darin wurde ebenfalls die Bitte geäußert, mehr Minderjährige aufzunehmen. Diesem Schreiben war eine Unterschriftsliste mit ca. 170 Unterschriften beigelegt sowie die konkrete Aufforderung, dem Bündnis „Sichere Häfen“ beizutreten. Der Bürgermeister hat dies getan. Die Verwaltung wird dazu eine umfangreiche Vorlage zum JHA, 18.06. vorlegen.

Des Weiteren teilt Frau Hellwig mit, dass das neue Integrationskonzept nun in gedruckter Form vorliegt und bereits den Ausschussmitgliedern auf die Tische verteilt wurde. Dies wird mit Beifall gewürdigt.

7. Angelegenheiten der Beiräte und des Integrationsrates

7.1. Neuwahl eines Beiratsmitglieds *0030/2020*

Der ASWDG fasst folgenden Beschluss:

Herr Carsten Werheit wird als Nachfolger von Herrn Peter Lücking als ordentliches Mitglied in den Inklusionsbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderung gewählt.

Einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung Herr Reiter, Die LINKE. mit Bürgerpartei GL

7.2. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Baysigit teilt mit, dass der Integrationsrat vor Neuwahlen steht und er bittet die Anwesenden darum, Bekannte, Freunde etc. die an Themen zur Integration interessiert seien, anzusprechen, damit sich diese zur Wahl stellen würden.

Des Weiteren teilt Herr Baysigit mit, dass sich der Integrationsrat für das Projekt 10 + 1 Bäume einsetzt. Es handelt sich um ein Projekt, das vom Landesintegrationsrat unterstützt wird. Es werden Bäume für die Opfer der NSU-Morde gepflanzt als Zeichen gegen den rechten Terror. Dem Rat wurde eine entsprechende Vorlage zur Entscheidung vorgelegt.

7.3. Teilfinanzierung der "Anlauf und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)" *0253/2020*

Bevor ein Beschluss gefasst wurde, gab es noch die folgenden Fragen der Ausschussmitglieder:

Frau Koshofer fragt wie viele Frauen die Anlaufstelle aufsuchen.

Herr Tillmann teilt dazu mit, dass dies variere. Zum Kreis der regelmäßig Anwesenden gehören ca. 15 Besucherinnen. Beim Thema Genitalverstümmelung waren 40 bis 45 Frauen anwesend.

Frau Münzer ergänzt, dass AnBe für Bergisch Gladbach eine wichtige Einrichtung für Frauen in Not sei, z.B. auch für das Thema Zwangsheirat

Herr Stark erfragt, was denn praktisch von der Stadt geleistet wird.

Herr Tillmann teilt dazu mit, dass Honorarkräfte die Frauen in Notsituationen beraten.

Frau Münzer ergänzt dazu, dass AnBe auch mit Ärzten und Rechtsanwälten zusammen-arbeitet und Termine bzw. Besuche vermittelt.

Es wird der folgende Beschluss gefasst:

Der Gewährung des Zuschusses für die Fortführung der „Anlauf und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)“ aus Mittel des Integrationskonzeptes wird zugestimmt. Der Zuschuss bis zum Ende der Laufzeit der Maßnahme beträgt 3.000 €.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

8. Anregungen aus dem Seniorenbeirat

0061/2020

Herr Dr. Bernhauser teilt dazu mit, dass der bisherige Seniorenbeirat an den „neuen“ Seniorenbeirat Empfehlungen für die Weiterführung von insgesamt fünf Projekten gibt

Vom neuen Seniorenbeirat ist niemand anwesend.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.1. Anregungen aus dem Seniorenbeirat zur Gestaltung der Stadtmitte

0174/2020

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9. Treffpunkt PAULA: Ein neuer Begegnungsort für den Stadtteil Heidkamp

0035/2020

Herr Dr. Bernhauser wirbt für die neuen Räumlichkeiten mit ihren Angeboten.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10. Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach

0161/2020

Herr Stein teilt mit, dass entgegen der Vorlage bereits alle Flüchtlinge die Unterkunft in Lückerrath verlassen haben und die Container für das NCG genutzt werden können.

In diesem Zusammenhang bedankt sich Herr Stein bei allen Beteiligten der Verwaltung, aber auch dem DRK und ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern für ihren großartigen Einsatz.

Dazu wird noch eine Pressemitteilung herausgegeben, vorher sollte aber die Politik informiert werden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch-Gladbach und der Stadt Wermelskirchen zur Wahrnehmung von Aufgaben gem. § 94 SGB XII; Unterhaltsprüfung**
0101/2020

Es wurde der folgende Beschluss gefasst:

1. **Der Übertragung der Durchführung von Aufgaben gem. § 94 SGB XII an die Stadt Wermelskirchen wird zugestimmt.**
2. **Die Verwaltung wird ermächtigt, die im Entwurf beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben gem. § 94 SGB XII abzuschließen. Die Verwaltung wird zudem ermächtigt, falls erforderlich redaktionelle Änderungen des Vereinbarungstextes vorzunehmen, soweit dessen materieller Bestand hierdurch nicht gefährdet wird.**

Der Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

12. **Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe - Bericht über die Mittelverwendung 2019**
0141/2020

Herr Dr. Bernhauser führt dazu aus:

Der Härtefallfonds, der nur für Bergisch Gladbacher Kinder genutzt werden darf und vom Kinderschutzbund verwaltet wird, hat sich stark verringert. Da aber auch Hilfsanfragen aus dem gesamten Rheinisch-Bergischen Kreis an den Kinderschutzbund gestellt werden, z.B. für PC's zum Homeschooling oder der Kostenübernahme von Sportangeboten, muss auf Spendengelder zugegriffen werden, weshalb auch hier die Ressourcen langsam knapp werden. Viele Unternehmen, die bisher großzügig gespendet haben, sind zurzeit selbst in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Deshalb soll das ergänzende Patenprojekt „Große helfen Kleinen“ mehr beworben werden. Nach der Corona-Pandemie soll eine große Spendenaktion stattfinden.

Frau Stauer fragt in diesem Zusammenhang nach, wie die Hilfe konkret aussieht.

Herr Dr. Bernhauser teilt dazu mit, dass in Einzelfällen tatsächlich Notebooks oder ähnliches angeschafft wurden. Aber er weist darauf hin, dass es ein vernünftiges Konzept zur Digitalisierung geben muss, da auch aus den Berufsschulen vermehrt Anfragen kommen, weil die Schülerinnen und Schüler ihre Abschlussprüfungen schreiben müssen.

Herr Reiter erklärt dazu, dass es einen Antrag der Partei Die Linke mit Bürgerpartei GL an den HFA gab Kinder und Jugendliche zu fördern, die jetzt im Homeschooling sind. Der Antrag wurde abgelehnt. Herr Buchen hätte im HFA aber angeregt, kurzfristig Hilfe mit Geldern aus dem Landeshaushalt zu leisten. Herr Reiter fragt nach, ob es noch andere Lösungen gibt.

Herr Stein führt dazu aus, dass es ein 500.000.000 €-Programm gibt. Bisher aber nur als Ankündigung der Bundesregierung. Wie die Gelder vom Bund übers Land an die Kommunen verteilt werden sollen, ist bisher nicht geklärt.

Frau Münzer nennt noch einige Stellen (Bez.-Reg., AWO oder auch Arbeitsagentur), wo Einzelfallhilfen zu bekommen sind

Frau Stauer teilt mit, dass es auch möglich ist, sogenannte B-Ware zu kaufen. Dabei handelt es sich um Waren, die schon mal geöffnet, aber nicht genutzt wurden, weshalb sie kostengünstig verkauft werden.

Herr Reiter erfragt, ob die 30.000 €, die dem Kinderschutzbund von der Stadt zur Verfügung gestellt werden, der gesamte Anteil ist oder ob noch mehr Gelder zur Verfügung stehen

Herr Stein erklärt dazu: Diese 30.000 € sind im Städtischen Haushalt abgebildet. Das Gesamtpaket beim Jobcenter ist um ein Vielfaches größer und wird im Kreishaushalt abgebildet.

Herr Dr. Bernhauser erklärt nochmal, dass der Notfallfonds nur für Einzelfallhilfen genutzt wird. Klar sollte allen sein, dass die Schulen erheblich besser ausgestattet werden müssen.

Frau Münzer weist darauf hin, dass als Zwischenlösung Hausaufgabenhilfe mit PC-Nutzung in den Einrichtungen PAULA, Cafe Leichtsinn, Q 1 angeboten wird.

Herr Reiter macht den Vorschlag, Kooperationen mit großen Firmen einzugehen, um PC's für kleines Geld zu erwerben.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13. Jahresbericht Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg 2019
0160/2020

Herr Dr. Bernhauser führt aus, dass der Bericht sehr detailliert dargestellt ist und drückt dazu seine Hochachtung aus. Jedoch bittet er um Erklärung, warum auf Seite 58, mittlere Spalte: „Die Klientel“ ausgeführt wird, dass 571 Rat- und Hilfesuchende die kreisweiten Angebote des Netzwerks Wohnungsnot nutzen; die Auswertungen aber nur von 378 Rat- und Hilfesuchenden statistisch gewertet werden konnte, weil diese ausdrücklich einer Datenerfassung zugestimmt haben. Da aus dem Bericht keine Rückschlüsse auf Personen möglich sind, besteht Unverständnis, weshalb fast ein Drittel einer anonymisierten Datenerfassung nicht zugestimmt haben. Er hält die Auswertung so für verzerrt.

Frau Tillmann teilt dazu mit, dass sie diese Frage an die zuständige Stelle weitergeben wird. Eine Antwort ist bei Frau Tillmann bisher nicht eingegangen. Es wird in der nächsten Sitzung berichtet.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

14. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

15. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Reiter fragt nach, ob es tatsächlich so ist, dass die Kita-Gebühren, für Juni, Juli, August zu 50 % von den Eltern getragen werden müssen.

Herr Stein teilt dazu mit, dass der ASWDG der falsche Ausschuss für diese Frage ist, aber er gerne darauf antwortet: Das Vorgehen ist so mit dem Land und den Spitzenverbänden abgestimmt. Er hält es für einen sehr guten Kompromiss, der auch so im HFA beschlossen wurde. Nach geltendem Recht gibt es eine Gebührenstaffelung, so dass Geringverdiener bzw. Hartz-IV-Empfänger gar keine Gebühren zahlen müssen und die Besserverdienenden nach der jetzigen Regelung nur die Hälfte der Beiträge.

Herr Dr. Bernhauser hat noch eine Frage zum Ankauf einer Immobilie zur Flüchtlingsunterbringung: Er fragt, ob es richtig ist, dass der Kauf nicht zustande kam, weil der Verkäufer nicht zu diesem Zweck verkaufen wollte. Gibt es auch in anderen Bereichen solche

Aussagen, dass an Flüchtlinge oder wohnungslose Menschen kein Wohnraum vermietet bzw. verkauft wird

Frau Tillmann teilt dazu mit, dass diese Aussagen nie direkt gemacht werden, es aber zum Tagesgeschäft gehört, dass z.B. Anmietungen nicht zustande kommen.

Frau. Holtzmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.00 Uhr

gez. Petra Holtzmann
Vorsitzende

gez. Monika Koppe
Schriftführerin